

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Inhalt der folgenden Tages- und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach der Post zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.00 monatlich 55 Pfg. Postanweisung Nr. 4099 a. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Berichtigungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., anderartige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91.

Mittwoch, den 19. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 17. April 1899.

Im Reichstage wurde heute die erste Lesung des Fleischschauergesetzes begonnen. Haus und Tribünen waren sehr leer, selbst die Agrarier, welche in ihrer Presse der Regierung wegen dieser Vorlage starke Feinde angeklagt hatten, waren nur in sehr geringer Anzahl zur Stelle. So schlimm wie in der agrarischen Presse wurde nun heute der Kampf gegen die Regierung nicht geführt, immerhin schlugen gleich die ersten Redner, der agrarische Kaplan Gerstenberger, und der edle Graf Klinckowström Löwe an, die kräftig genug waren, um den Staatssekretär Grafen Posadowsky zu einer energischen Abwehr der agrarischen Sonderinteressen herauszufordern. Es ist bezeichnend, daß die ja im Innersten reaktionär und agrarisch gesinnten Regierungsmitglieder, von der allgemeinen Entwicklung fortgerissen, zur Einbringung von Gesetzesentwürfen gedrängt werden, die mit den selbstischen Interessen der Agrarier in Mißklang stehen. Im Landtage sehen wir es an der Kanalvorlage, im Reichstage an der Fleischschauervorlage. Die Nothwendigkeit, für die gesundheitlichen Verhältnisse des Volkes zu sorgen, mußte die Regierung auf den Weg der obligatorischen Fleischschau führen. Die bittere Nothwendigkeit, daß die ärmere Bevölkerung auf das billigere Fleisch aus dem Auslande angewiesen bleibt, konnte auch von der Regierung nicht ignoriert werden, und so konnte das von den Agrariern gewünschte Einfuhrverbot von amerikanischen Fleisch in das Gesetz nicht aufgenommen werden. Graf Posadowsky mußte wieder einmal der Begehrlichkeit der Dunter entgegen treten und es war ein amüsantes Schauspiel zu sehen, wie lärmend und ungebärdig sich die Könige, Klinckowström und Nordhoff bei einzelnen Stellen in der Rede des Ministers benahmen.

Regierungspartei war wieder einmal die Linke. Unser Genosse Wurm und der freisinnige Leuzmann erklärten beide, dem Gesetzentwurf sympathisch gegenüber zu stehen und polemisirten gegen die agrarischen Interessenpolitiker. Da die Mehrheit gegen die Fleischschau für Hauschlachtungen war, so hörte die Kommission, an die das Gesetz morgen verwiesen wird, wohl für Erleichterungen in dieser Beziehung sorgen.

67. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathlich: v. Posadowsky.
Nach Erledigung einiger Rechnungssachen beginnt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Schlachtvieh- und Fleischschau.

Gerstenberger (B.): Meinen politischen Freunden wäre ein Fleischschaugegesetz sehr erwünscht. Das vorliegende Gesetz nimmt jedoch auf die praktischen Verhältnisse im Leben zu wenig Rücksicht. B. W. ist die Bestimmung des § 2, daß Rinder, Schweine, Ziegen und Pferde jeden Alters einer zweimaligen Fleischschau unterliegen, eine überflüssige Belästigung. Es giebt wohl bei uns keine Bürgerfamilie und keine Bauernwirtschaft, in der nicht mindestens einmal im Jahre ein Schwein geschlachtet wird. All diese Familien werden durch die aus dem Gesetz sich ergebende Vertheuerung schwer getroffen. Auch gegen den § 5, der von der Bildung der Schaubezirke und der Auswahl der Beamten handelt, tragen wir große Bedenken. Am meisten sind wir jedoch gegen die Bevorzugung des Auslandes, die in dem Gesetz enthalten ist. Das Fleisch, das vom Auslande kommt, muß denselben Bedingungen unterliegen, wie das inländische. Wenn bei dem ausländischen Fleisch nicht dieselben Kontrollmaßnahmen angewendet werden können, so sollte die Einfuhr ganz verboten werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Graf Klinckowström (A.): In der ganzen Landwirtschaft hat sich nach dem Bekanntwerden dieses Gesetzes eine große Mißstimmung gezeigt. Vor allem müssen die Bestimmungen des § 2 über die Hauschlachtungen der geltenden preussischen landespolizeilichen Verordnung mehr angepaßt werden. Auf den § 5 möchte ich besonders die Aufmerksamkeit der Herren Sozialdemokraten lenken. Die Schaubezirke dürfen nicht zu groß gebildet werden; sonst müßte der ostpreussische Arbeiter z. B. oft 5 Kilometer mit seinem Schwein zurücklegen, um zum Wohnort des Fleischhauers zu gelangen. Solche Ausgaben dürfen wir armen Arbeitern nicht zumuthen und müssen unbedingt verlangen, daß, wenn nicht der kleine Bauer, so doch wenigstens der Arbeiter von der Fleischschau befreit wird. Ich nehme an, daß wir dabei auf die Unterstützung der Herren Sozialdemokraten rechnen können. Besonders bedenklich ist für uns aber die für den Reichslandtag vorgesehene Ermächtigung, für ausländisches Fleisch noch weiter gehende Ausnahmen zuzulassen. Obgleich ein Theil meiner Freunde eine Verständigung auch in der Kommission für unmöglich hält, haben wir uns doch entschlossen, gleichfalls für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu stimmen. (Bravo!)
Staatssekretär von Posadowsky: Gegen die Vorlage sind in der Hauptsache zwei Bedenken geltend gemacht worden:

erstens dagegen, daß man die Hauschlachtungen in das Gesetz einbezogen hat, und zweitens gegen eine ankommende Bevorzugung des Auslandes. Dem gegenüber hebe ich hervor, daß das Gesetz einmal ein hygienisches ist und dann auch ein veterinärpolizeiliches, um die weitere Verbreitung von Viehruken zu verhindern. Unzweifelhaft sind wir berechtigt, alle Kontrollmaßnahmen, die für das inländische Fleisch gelten, auch auf das ausländische auszuwenden. Ich wundere mich über den Widerstand der Agrarier gegen die Einbeziehung der Hauschlachtungen in das Gesetz. Herr von Wendt, Steinfels, der doch gewiß ein warmes Herz für die Landwirtschaft hat, hat sich im preussischen Landtag für dieselbe ausgesprochen. Auch im Bundesrath ist erwogen worden, ob man die Fleischschau ausschließen sollte, wenn es sich nur um Verwendung des Fleisches für den eigenen Bedarf oder zum Geschenk an die Neben Verwandten, an den Herrn Farmer und an den Herrn Lehrer handle (Heiterkeit). Ich habe mich aber dagegen ausgesprochen, denn über den heutigen Verhältnissen, wo oft Hunderte von Arbeitern von dem zu eigenem Bedarf geschlachteten Fleisch genährt werden, kann man nicht mehr von einem eigenen Hausstande sprechen — Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß das Ausland im Gesetz besser als das Inland behandelt sei. Wollten wir aber für ausländisches Fleisch dieselben Kontrollmaßnahmen festlegen wie für inländisches, so wäre das gleichbedeutend mit einem absoluten Verbot von irgend welcher Einfuhr ausländischen Fleisches. Es ist aber heutzutage nicht möglich, darauf zu verzichten, weil die deutsche Landwirtschaft allein den Bedarf nicht decken kann. Wollte man etwa die Einfuhr lebenden Viehs mehr erleichtern, so würde dadurch die Gefahr der Seucheneinführung noch vergrößert. Der Gesetzentwurf beruht auf der Initiative der preussischen Regierung und ist im preussischen Staatsministerium einstimmig, auch seitens des Herrn Landwirtschaftsministers angenommen worden. Ueber weitere Einzelheiten können wir uns in der Kommission unterhalten.

Wurm (B.): Wir stehen im Großen und Ganzen dem Gesetzentwurf sympathisch gegenüber. Die Schwierigkeiten, die der Ausführung einer solchen im Interesse der Hygiene durchaus nothwendigen Fleischschau gegenüberstehen, beruhen hauptsächlich in den entsetzlichen Unkosten, die natürlich den ärmeren Viehhältern weit schwerer treffen, als den reichen. Weil wir aber die Fleischschau für sozial nothwendig halten, nehmen wir keinen Anstand, zu erklären, daß die Unkosten der Gesamtheit auferlegt werden müssen. (Sehr richtig.) Wir fordern, daß die Fleischschau auch auf die Hauschlachtung ausgedehnt wird und weiter überhaupt auf alle Schlachtviehe, so auch auf Hunde, falls sie zur menschlichen Nahrung geschlachtet werden. Vor allen Dingen muß aber die Kontrolle im Inlande eine wirklich durchgreifende und scharfe sein, und die Schaubezirke müssen durch das Gesetz selbst begrenzt sein, damit sie nicht zu groß gebildet werden, daß jede Möglichkeit einer wirklichen Kontrolle ausgeschlossen ist. Ferner müßte die Beaufsichtigung der Viehhäute eventuell ebenfalls zur Reichs Sache erklärt werden, denn ohne diese wäre die Durchführung einer richtigen Fleischschau unmöglich. Eine Fleischschau, wie sie hier festgelegt wird, hat für uns die Voraussetzung, daß die Kosten derselben von der Gesamtheit getragen werden. Im Interesse der allgemeinen Hygiene müssen alle Maßnahmen getroffen werden, die für eine gute Kontrolle des Gesundheitszustandes des Viehs, der Nahrungsmittel u. s. w. erforderlich sind. Damit ist auch der Standpunkt gegeben, den wir gegenüber der Einfuhr von ausländischem Fleisch einnehmen. Wir verlangen im Interesse der Arbeiterklasse, daß die Importen untersucht werden. Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Staatssekretärs, daß dann die Einfuhr ausländischen Fleisches überhaupt aufgehoben müßte. Wenn wir z. B. sagen: Eure Aeste haben für uns keine Gültigkeit, wir können kein Vertrauen in sie setzen, wird das Ausland von selbst sagen: dann schied uns die Beamten her, die Ihr für zuverlässig erachtet. Wir werden sie bezahlen. Die deutsche Regierung, die mit dieser Vorlage einen sehr vernünftigen Schritt gethan hat, müßte nun auch weiter gehen und die anderen Staaten, speziell Amerika, anfordern, internationale Vereinbarungen über die Fleischschau und den Fleischimport zu treffen. Daß man auf agrarischer Seite nicht dazu geneigt ist, glaube ich freilich. Man hat ja von jener Seite kein Hehl daraus gemacht, daß die Hauptplache die Preissteigerung des Viehs sei und nicht der Schutz gegen Seuchengefahr. Allerdings muß die Kontrolle im Inlande Leuten überlassen werden, die wirklich im Stande sind, sie durchzuführen. Die Hinzuziehung des Laienelements ist nothwendig; denn es ist ganz unmöglich, so enorme Mengen von Thierärzten zu bekommen, wie zu dieser obligatorischen Fleischschau nothwendig wären. Aber ich würde, daß genaue Bestimmungen darüber in das Gesetz hineinkommen und nicht Alles dem Bundesrath überlassen wird. Wir verlangen also, daß die Kontrolle einheitlich durchgeführt werde, und daß der Bundesrath oder das Reich die Kosten für die Fleischschau trägt. Das liegt auch gerade im Interesse der kleinen Landwirthe, die sonst in der Konkurrenz mit den großen immer mehr zurückgedrängt werden. Wir hoffen, daß Sie diesen Weg beschreiten werden zur Durchführung des sozial-hygienischen Gesetzes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sieg (B.): hält die Einwendungen gegen den § 2 für durchaus berechtigt. Dem Gedanken der Viehsicherung sieht auch ich im Allgemeinen sympathisch gegenüber; nur scheint mir die Art, wie Herr Wurm sie sich denkt, nicht wünschenswerth. Ich betrachte es als eine der schwersten Folgen des Gesetzes, daß es die Landwirtschaft zwingt, das Fleisch besser zu machen und in Folge dessen die ausländische Konkurrenz zurückdrängt. Deshalb möchte ich, daß das Gesetz in möglichst scharfer Form zur Durchführung kommt. Für die Uebergangszeit habe ich auch nichts gegen die Einfuhr von ausländischem Vieh, das hier geschlachtet werden soll. Wenn man große Ziele verfolgt, dann darf man auch nicht kleinlich sein und muß gewisse unangenehme Begleitererscheinungen ruhig ertragen.

Pachnide (B.): Meine Freunde halten das Gesetz für gut und zweckmäßig, aber im Einzelnen für verbesserungsbedürftig. Auch wir sind der Meinung, daß die Hauschlachtungen gewisser Erleichterungen bedürfen. Was die Auslandsbestimmungen anlangt, so ist festzustellen, daß die Seuchen in den meisten Fällen

ihren Ursprung im Inlande selbst haben. Man darf daher die Seuchengefahr nicht als Vorwand für protektionistische Maßregeln nehmen. Auch wir sind für alle Maßnahmen, die sanitär nothwendig sind. Die Lebhaftigkeit der Agitation gegen das Gesetz ist nicht gerechtfertigt.

Soltz (B.): Meine Freunde sind bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuwirken. Obligatorische Fleischschau halten wir für nöthig, aber man braucht deshalb nicht in den privaten Haushalt einzubringen. Dann würde die Verdroffenheit auf dem Lande noch zunehmen und die Leutenoth dort noch größer werden. Auch gegen die Bestimmungen über das aus dem Auslande eingeführte Fleisch haben wir starke Bedenken. Man sollte lieber das lebende Vieh aus dem Auslande importieren.

Leuzmann (B.): Der Verlauf der Debatte zeigt, daß sehr verschiedene Anforderungen an das Gesetz gestellt werden, soweit der Osten und der Westen des Reichs in Frage kommt und was sehr bedauerlich ist, soweit die eigenen Geldbeutelinteressen in Frage kommen. Die obligatorische Fleischschau halten wir für nöthig, aber ein Hinübergehen über die im Gesetz genannten Viehkategorien für nicht angebracht. Die Einfuhr ausländischen Fleisches können wir nicht entbehren. Sie ist das Sicherheitsventil gegen die übermäßige Fabelucht der Agrarier, die die Fleischpreise ja so in die Höhe treiben würden, daß die Volksernährung sehr schlecht dabeiführen würde. Ich schließe mich dem Vortrage an, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Staatssekretär Graf von Posadowsky: Die Frage der Beschaffung in den Haushaltungen wird ja in der Kommission noch eingehend geprüft werden. Aber das ist doch zweifellos, daß in den Haushaltungen oft angeeignetes Fleisch geschlachtet wird. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das preussische Abgeordnetenshaus war noch im vorigen Jahre einstimmig der Ansicht, daß die obligatorische Fleischschau auch für die Hauschlachtungen einzuführen sei.

Hierauf verlegt sich das Haus.
(Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung. Geberordnungsnovelle.)
Schluß 5¹⁵ Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

„Das feste Volkwerk gegen die Umsturzparteien.“ Ein neuer agrarischer Plan ist soeben ausgebrütet worden. Im Herrnhause ist seitens der Herren v. Below-Saleske, Frhr. v. Mantuffel und Graf v. Ritzbach ein Antrag eingebracht worden, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, eine Gesetzesvorlage einzubringen zur Abhilfe des Arbeitermangels im Gebiete der Landwirtschaft. Damit soll ein „weiteres festes Volkwerk gegen die Umsturzparteien“ geschaffen werden. Dem Arbeitermangel soll durch erleichterte Erlangung von häuslichem und anderweitigem Kleinbesitz, ähnlich der früheren Erbzinnsleihe (Erbpacht) abgeholfen werden. — Es ist das alte Rezept, durch Selbstmachung und Fesselung von Arbeitern an die Scholle „Eigentümer“ zu schaffen, deren Besitz nicht ausreicht, sie zu ernähren, so daß sie gezwungen sind, auf den Gutshof frohnden zu gehen. In der Begründung heißt es, daß es anerkannt sei, daß ein lebenskräftiger Kleinbesitzerstand das feste Volkwerk gegen die Umsturzparteien sei. Verschwiegen wird natürlich, daß die Großgrundbesitzer einen „lebenskräftigen“ Besitzerstand ja gar nicht wollen und nicht brauchen können. Denn der lebenskräftige Kleinbauer giebt ihnen ja nicht den abhängigen Arbeiter.

Konservative Freunde der Prügelstrafe. Im deutschen konservativen Verein in Breslau betonte nach der „Schles. Zeitung“ am Donnerstag der Vorsitzende, Landesältester von Szempliz, daß die konservative Fraktion „noch“ die stärkste im Landtag sei und „noch“ festen Boden im Volke habe; aber die Gegner seien nicht müßig und hätten an Einfluß zugenommen. Dafür seien ein Beweis die letzten Breslauer Wahlen und die letzte Reichstagswahlwahl in Berlin. Staatsanwaltschaftsrath Keil hielt darauf einen Vortrag über jugendliche Verbrecher und kam dabei auch auf die körperliche Züchtigung als Strafmittel zu sprechen. Der Staatsanwaltschaftsrath meinte, gegen Erwachsen habe die Prügelstrafe eine Reihe von Nachtheilen, aber in Bezug auf jugendliche Verbrecher stehe die Frage ganz anders. Man sage, die Prügelstrafe verrothe, sie erstickt das Ehrgefühl. Aber werde der Junge nicht sonst gezüchtigt, vom Vater, vom Meister, vom Lehrer? Sollte derselbe Junge, wenn er sich gegen das Strafgesetz vergangen hat, plötzlich ein so empfindliches Ehrgefühl besitzen, daß eine Züchtigung von Staats wegen ihm unüberbringlichen Schaden schafft? „Indessen, so vortrefflich das Mittel ist, wir werden mit ihm, fürs Erste wenigstens, auch nicht vorwärts kommen.“ Unter vier Augen seien sehr

ble, auch einflussreiche Leute für die körperliche Bückigung der Jugendlichen, im Uebrigen aber wollen sie, aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, nichts davon wissen. Nach der „Schles. Zeitg.“ lohnte „lebhafter und lange anhaltender Beifall“ den Redner, dem der Vorsitzende noch ausdrücklich den Dank aussprach, während sich die Anwesenden zum Beisein ihrer Uebereinstimmung von den Plänen erhoben. In der Debatte traten sämmtliche Redner, „und zwar stets unter dem Beifall der gesammten Versammlung“, für die Wiedereinführung der körperlichen Bückigung für jugendliche Verbrecher ein. Eine in diesem Sinne angeregte Resolution wurde zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, auf die Kleinarbeit, auf die Agitation von Mund zu Mund komme es zunächst an. — Prügel verlohnt er, wer sie empfängt, und den, der sie austheilt. Das ist ein Satz von unumstößlicher Wahrheit. Wenn nun die Konservativen für die Prügelftrafe (wenn auch vorläufig nur im Stillen) agitiren wollen, so weist das ein bezeichnendes Licht auf ihren Charakter.

Bismarck und Busch. Mirzlich ist bei Brunow in Bezug die deutsche Ausgabe von „Büschens“ (wie „Er“ zu sagen pflegte) Tagebuchblättern erschienen. Von ganz besonderem Interesse sind die Mittheilungen über die von Bismarck gepflegte offiziöse Prestijthätigkeit und die geraden und krummen Wege, die sie zu wandeln beliebte. Busch war hierzu als ehemaliger hervorragender Mitarbeiter des offiziellen Preßbüreaus wie kein zweiter berufen; auch nachdem er aus der amtlichen Stellung geschieden, ist er unangesehnt thätig, die Gedanken des Fürsten in der Presse zu verbreiten und bietet ihm zu diesem Zwecke bei jeder sich darbietenden Gelegenheit seine Dienste an. „Sie wollen Futter, ich habe aber keins“ (III, 31) — so lautet wiederholt der Empfang von Busch durch den Reichskanzler, der sich aber schließlich doch immer zu den gewünschten Mittheilungen herbeiläßt. Als Busch 1883 bei einem Besuche in Friedrichsruh den Fürsten vor der festgesetzten Abreise hat, noch einen Tag verweilen zu dürfen, da er „nur zu gern in seiner Nähe wäre“, erwiderte dieser: „Gewiß, bleiben Sie, nur müssen Sie nicht verlangen, daß ich Stat mit Ihnen spiele oder Sie sonst unterhalte“ (III, 165). Der Verkehr mit Busch bewegt sich mit Rücksicht auf die Deffentlichkeit in sehr vorsichtigen Formen. Busch reist inoffiziell zum Fürsten und empfängt von ihm Material mit der Weisung: „Benutzen Sie es, aber nicht wörtlich, man merkt sonst, daß es mein Stil ist. Machen Sie Ihren daraus“ (III, 22). Im Oktober 1888 weilte Busch in Friedrichsruh, mit der Ordnung Bismarck'scher Papiere beschäftigt (III, 260). Am 22. Oktober theilte Busch dem Chef mit, die Sichtung der Papiere sei jetzt im besten Zuge. Es wäre aber weit mehr, als es anfangs geschehen hätte, und es könnte noch acht bis zehn Tage dauern, bis er sie ihm geordnet wie die ersten übergeben könnte. Er erwiderte: „Nehmen Sie sich nur Zeit. Nun kommt aber in diesen Tagen der Kaiser her. Da lassen Sie sich nicht sehen; am besten, Sie gehen für diese Zeit nach Hamburg. Sonst fragt er, wer der ist, und was er hier macht. Da muß ich's ihm sagen, und da ist er neugierig, und zuletzt legt er Beschlag auf die ganze Geschichte, was mir doch gar nicht passen würde.“ Die wiederholte Mahnung seines hohen Obmanns, „hübsch glatt und diplomatisch“ zu schreiben und sich vor Indiskretion zu hüten, hat Busch, wie man aus seinem neuesten Werke ersieht, sich nicht allzu sehr zu Herzen genommen.

Die Invaliden - Versicherungscommission des Reichstages nahm am Freitag den 8. 4., welcher festsetzt, daß Beamte des Reiches und der Bundesstaaten, der Kommunalverbände und ihrer Versicherungsanstalten u. s. w. der Versicherungspflicht nicht unterliegen, mit redaktionellen Aenderungen an. Ein zu diesem Paragraphe gestellter Antrag Schmidt - Elberfeld, von der Versicherungspflicht die Vorstandsmitglieder der Genossenschaften auszunehmen, wurde zurückgezogen, nachdem von der Kommission und der Regierung anerkannt und protokolllarisch festgelegt worden, daß Vorstandsmitglieder von Genossenschaften als solche nicht versicherungspflichtig seien. Einem Antrag Dertel entsprechend wurde hinzugefügt, daß auch nicht versicherungspflichtig sind: Personen, welche während ihrer wissenschaftlichen Ausbildung für einen künftigen Lebensberuf gelegentlich gegen Entgelt Unterricht erteilen. Sonnabend fuhr die Kommission in der Berathung des von der Kommission bei der ersten Lesung neu eingefügten § 7a fort, der für die Seeverkehrsgenossenschaft Sonderbestimmungen trifft. Abg. Köstler, welcher eine neue redaktionelle Fassung beantragt hat, empfahl die Beibehaltung dieser Bestimmungen, deren Streichung von sozialdemokratischer Seite beantragt worden ist. Es soll der Seeverkehrsgenossenschaft gestattet werden, unter ihrer Haftung eine besondere Einrichtung zu dem Zwecke zu begründen, die Invalidenversicherung nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes zu übernehmen, aber nur dann, wenn für die Hinterbliebenen der darin versicherten Personen von der Genossenschaft zugleich eine Wittwen- und Waisenernährung begründet wird. Abg. Wollenbut trat für die Streichung der Bestimmungen eventl. für ihre Verbesserung zu Gunsten der versicherten Seeleute ein. Staatssekretär Graf Posadowsky war mit der Einfügung der Paragraphe einverstanden; es werde ein Versuch sein, dessen Erprobung für die in der nächsten Session sicher zu erwartende Novelle zum Unfallversicherungsgesetz von Werth sein werde. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, § 7a in der vom Abg. Köstler beantragten Fassung ange-

nommen. — § 8 handelt von der freiwilligen Versicherung. Auf eine Anfrage des Abg. Thiele, ob Redakteure und Berufsberichterstatter, deren Einkommen 2000 Mark nicht erreicht, versicherungspflichtig seien, erklärte Staatssekretär Graf Posadowsky, daß nach seiner Ansicht diese Personen versicherungspflichtig seien, da sie als Betriebsbeamte im Sinne des Gesetzes zu gelten haben. § 8 wurde schließlich in einer von dem Beschlusse erster Lesung etwas abweichenden Fassung angenommen. § 9 behandelt den Gegenstand der Versicherung. Hierbei entspann sich eine längere Diskussion über die Frage, ob jemand Anspruch auf Invalidenrenten auch dann hat, wenn er nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes eine Rente bezieht. Vom Regierungvertreter wurde jeder Anspruch bestritten. Schließlich wurde die Bestimmung aufrecht erhalten, daß eine durch Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit Anspruch auf Invalidenrente nur insoweit begründet, als nicht nach dem Unfallversicherungsgesetz eine Rente zu leisten ist. Gestrichen wurde dagegen eine in der ersten Lesung beschlossene Einfügung, wonach für die Berechnung der Invalidenrente als Verdienst eines körperlich und geistig gesunden Lohnarbeiters mindestens die Höhe des Lohnsatzes derjenigen Lohnklasse in Berechnung zu ziehen ist, welche im Falle der Invalidisirung des betreffenden Versicherten der Rentenberechnung zu Grunde zu legen wäre. — Dienstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

„In Sachen Thomasmehl.“ Das Amtsgericht Berlin verurtheilte Donnerstag nach zweitägiger Verhandlung den Chefredakteur der „Nationalliberalen Korrespondenz“ Dr. Mohr wegen Beleidigung der Mitglieder des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirthe in der bekannten Thomasmehlangelegenheit zu 150 Mark Geldstrafe. Der Beklagte hatte die Widerklage gegen diejenigen Mitglieder des engeren Vorstandes wegen Beleidigung erhoben, die eine s. Bt. in der Bundeskorrespondenz veröffentlichte und an die Bundesmitglieder sich richtende Erklärung mit Bezug auf die Angriffe der gegnerischen Presse in der Thomasmehlsache gezeichnet hatten, und dies führte zur Verurtheilung der beiden Herren zu je 20 Mark Geldstrafe.

Neue politische Nachrichten. Die Nichtbeteiligung des Parteigenossen Singer als Mitglied der städtischen Schulpflichtung in Berlin wird von der Stadtverordneten-Versammlung niedergelassen. Wunsch von Vorbereitung der Vorlage, betreffend die anderweitige Wahl eines Mitgliedes der Schulpflichtung an Stelle Singers, am Dienstag Nachmittag, heute, beschließen. In dieser Sitzung beabsichtigt der Stadtverordnete Dr. Preuß, der dem Ausschusse als Mitglied angehört, den Nachweis zu führen, daß die Regierung, vorliegendfalls also der Kultusminister, gar nicht berechtigt war, die Beschäftigung zu erteilen oder zu versagen, daß vielmehr der Magistrat von Berlin das Beschäftigungsrecht kraft eigener Befugnis ausüben hat. — Der Berliner Verleger „Verlag von Dunz“ hat dem Reichstag eine Petition überreicht, den Schlußbestimmungen der Invaliditätsgesetze einen Paragraphen anzufügen des Inhalts: „Soweit in diesem Gesetz und dessen Ausführung ärztliche Gutachten über den körperlichen und geistigen Zustand eines Menschen in Frage kommen, gelten nur die, welche von Ärzten, die in Deutschland approbirt sind, ausgefertigt werden.“ Zur „Sammlung“ für den Flottenverein erläßt dessen Vorsitzender Frick zu West einen Aufruf „Samoa und die deutsche Flotte“, der nachdrücklich für die Regierung eintritt, aber die Nothwendigkeit betont, eine starke Kriegsstärke zu schaffen. Wüsten die Wasserfahrtsreisen sammeln so viel sie wollen, nur mögen sie dabei die Abzüge der Bevölkerung aus dem Spiel lassen. — Die Koschmann - Affäre will nicht zur Ruhe kommen. Der verurtheilte Koschmann, der beharrlich seine Unschuld behauptet, hat, wie ein Berliner Blatt meldet, vom Justizminister in Sonnenburg aus abermals gegen sechs in seinem Prozeß als Zeugen aufgetretene Personen die Anzeige wegen Meineides eingereicht. Die Vertheidiger des Koschmann, die Rechtsanwälte Dr. Werthmann und Dr. Schöps, sind gegenwärtig mit der Bearbeitung des Materials beschäftigt. Auch die Verwandten des Koschmann sind eifrig bestrbt, Material zusammenzutragen, um ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Zu diesem Zweck befand sich kürzlich ein Verwandter des Verurtheilten in Berlin. — Die Kommission für die Posadowsky hat sich Montag konstituirte. Meinungsverschiedenheiten entstanden über die Besetzung des Präsidiums der Kommission. Konservative und Nationalliberale wollten für sich diese Ehrenposten in Anspruch nehmen, während von anderer Seite der Abg. Dr. Schäbler (C.) als Vorsitzender, der Abg. Singer als Stellvertreter der Vorsitzender vorgeschlagen wurden. Die Wahl wurde schließlich mit Stimmzettel vorgenommen und Abg. Dr. Schäbler (C.) wurde zum Vorsitzenden, Abg. Singer zum Stellvertreter gewählt. — Etwas Neues aus Neu - S. L.: Aus Greiz wird gemeldet, daß die Regierung die Begründung einer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes in Zentenroda verboten habe. Zu viel Ehre für den Alldeutschen Verband! — Ueber einen Unfall des deutschen Kriegsschiffes „Cormoran“ läßt das Reichsmarineamt durch Wolffs Bureau folgende Mittheilung verbreiten. Der „Cormoran“ ist am 24. März auf das Wrackelwind - Riff, nördlich von Neu - S. L. aufgefunden, nach Verlust von einigem Material aber wieder mit vieler Mühe losgelassen. Das Schiff ist nicht led, die Maschinen gebrauchsfähig, die Mannschaft unversehrt. Der „Cormoran“ hat am 16. April den australischen Hafen von Brisbane angelaufen und beabsichtigte am 17. April von dort die Reise nach Sydney fortzusetzen. — Die organisirte Arbeiterschaft wies beschloß die Gründung eines Vereins zur Bekämpfung des Alkoholkonsums. — Ein satirisches Organ, „Correo Espagnol“, welches Eigenthum eines englischen Staatsangehörigen ist, wurde vom Madrider Präsesen verboten. — Eine Petition der Regierung befragt, die Kaiserin wolle im Juni eine Parade über 200 000 chinesische Soldaten abhalten und einen neuen Kaiser ernennen. Die Dame ist resolut!

Frankreich.

Neue Enthüllungen zum Dreifus - Prozeß. Die Sonntag publizierte Zeugenaussage des Polizeispikels Guenee wirft ein großes Licht auf die Art, wie die Untersuchung gegen Dreifus geführt wurde. Guenee, welcher von Oberst Sandherr und Major Henry beauftragt war, belastendes Material gegen Dreifus zu sammeln, erzählte nach dem „Berl. Tagebl.“ vor dem Kassationshofe das Folgende: Ich erfuhr, daß Dreifus bei einer Frau Bodson verkehrte, wo viele Fremde hinkamen. Dreifus traf dort wiederholt mit einem deutschen Major, dessen Namen ich nicht kenne,

zusammen. Einmal machte der deutsche Offizier Dreifus eine Scene und warf Dreyfus vor, daß er zu anspruchsvoll sei. Er drohte, daß, wenn er ihm künftig keine Informationen mehr geben sollte, er ihn ruiniren werde. Auf die Frage, ob er Namen und Bezeichnung angeben könne, antwortete Guenee: Nein! Ich weiß das nur durch Frauenzimmer - Klatsch und kann Niemanden zur Unterstützung meiner Behauptungen nennen. Im Weiteren belundete Guenee: Ein Herr de B., eine ausländische ungeheuer reiche Persönlichkeit, mit dem Titel „Exzellenz“, sagte mir eines Tages: „Suchen Sie, in Ihrem Generalstab gibt es jemand, welcher den Agenten der fremden Mächte Nachrichten giebt.“ Ich theilte dies sofort Major Henry mit. Das konnte jedoch ebenso gut auf jeden anderen als Dreifus passen. Aber Dreifus war nun einmal der Türlenkopf, auf den man schlug. Der Gewächsmann Guenee, jener angebliche Exzellenz de B., war, wie nunmehr festgestellt ist, ein gewöhnlicher Hochstapler. Der „Figaro“ veröffentlichte ferner den Beginn der Aussage Picquart's, welche hauptsächlich eine Schilderung des Prozesses Dreifus enthält, dem ja Picquart als Vertreter des Kriegsministers Mercier behufs Berichterstattung beizuhönte. Picquart belundete: Die Hauptbelastungszeugen waren du Paty de Clam und Henry. Paty erklärte, Dreifus habe zu zittern begonnen, als er ihm den Inhalt des Bordereaus diktierte. Der Vertheidiger Demange entgegnete, Dreifus' Schrift weise keinerlei Spur des Bitterns auf, worauf Paty in Verwirrung gerieth und antwortete: „Ich mußte, daß Dreifus simulirte und wollte ihn auf die Probe stellen, deshalb unterbrach ich ihn plötzlich mit der Frage, warum zittern Sie?“ Dreifus blieb absolut ruhig. Er simulirte also. Die Antwort Paty's mochte sichtlich einen peinlichen Eindruck. Picquart erzählt weiter: Während der Verhandlungspause ersuchte mich Henry, welcher sah, daß es mit der Anklage nicht am besten stand, durch einen Richter, Hauptmann Gallet, die Frage betreffe der Anwesenheit des Verräthers im zweiten Bureau des Generalstabs an ihn richten zu lassen. Ich (Picquart) verweigerte dies. Henry wandte sich nun durch einen anderen Offizier an Gallet und antwortete auf dessen Frage mit theatralischer Geberde: Ich erfuhr von einer ehrenwerthen Persönlichkeit, daß jemand im zweiten Bureau verathe und, auf Dreifus zurend, der Verräther ist dieser hier. Als einer der Richter Henry aufforderte, den Namen der ehrenhaften Persönlichkeit zu nennen, rief er aus: „Das Reptil darf nicht wissen, was im Kopfe des Offiziers steckt.“ Ueber diese Persönlichkeit, welche mit dem vorerwähnten Herrn de B. identisch ist, sagte Picquart: Es ist dies ein Hochstapler, der zu fremden Diplomaten in Beziehungen stand und Henry entweder direkt oder durch den Polizeispiksel Guenee angeblich von ihm gehörte Aufzeichnungen der Militär - Attache's mittheilte. Ich selbst habe diesem Mann als Entlohnung durch Henry 1200 Francs geben lassen. Betreffs des geheimen Dossiers sagte Picquart: Im Generalstab mußte Jeder, daß dem Kriegsgerichte geheime Aktenstücke unterbreitet worden sind. Man sprach ganz offen darüber. Diese Aktenstücke habe entweder ich oder du Paty dem Gerichtspräsidenten Oberst Maurel im Auftrage Merciers überbracht. Wer der Ueberbringer war, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen, da wir Beide wiederholt Aktenstücke übermittelten. Im geheimen Dossier befanden sich vier Aktenstücke, darunter eine Note Paty's, der Brief „Canaille de D.“ und eine zusammengestickte Notiz Schwarzkoppsens, welche offenbar als Grundlage für den Bericht gebient und worin ausgeführt war, es sei unnütz, eine Verbindung mit einem Truppenoffizier zu haben. Picquart legt dar, daß weder der Brief „Canaille de D.“ noch die Notiz auf Dreifus Bezug haben können. — Es scheint, daß Kapitän Frey - stätter thatsächlich verhindert werden soll, vor dem Kassationshofe auszusagen. Ein Mitglied des Kassationshofes erklärte Sonntag dem Redakteur eines Generalstabsorgans: „Falls Frey - stätter uns den Seelenzustand ausmalen will, in welchem er sich seit dem Selbstmord Henry's befindet, so ist dies unnütz. Falls er jedoch über die geheimen Vorgänge im Berathungszimmer des Dreifus - Gerichtshofes berichten will, dann werden wir ihn dazu laun ermächtigen!“ Ein Redakteur des Blattes „Rappel“ hat übrigens unter Eid in einem Briefe an den Präsidenten des Kassationshofes geschrieben, er habe die Aeußerung des Hauptmanns Frey - stätter mit angehört, worin dieser erklärt habe, daß ein geheimes Schriftstück den Richtern bei der Aburtheilung mitgetheilt worden sei, daß das Urtheil hauptsächlich durch dieses Schriftstück gefällt worden sei u. s. w.

Die Familie Dreifus erhielt vor einigen Tagen einen Ende Februar geschriebenen Brief des Kapitäns, welcher stündlich die Nachricht erwartet, daß er vor einem neuen Kriegsgerichte erscheinen solle. Dreifus ermahnt die Seinigen zur Geduld und zum Vertrauen auf die Justiz.

In einem Brief an den Justizminister weist der radikale Deputirte Charles Bos auf die Aussagen Casimir Periers, sowie die Intervention des Hauptmanns Frey - stätter hin und kündigt die Interpellation an, warum der Justizminister noch zögere, die Annullirung der Verurtheilung Dreifus' einzuleiten, nachdem deren Illegalität nachgewiesen sei.

Esterhazy veröffentlicht in der Londoner „Sunday Times“ seine Antwort auf die vor dem Kassationshof gegen ihn gemachten Aussagen. Die Erklärung Esterhazy's nimmt fünf Spalten in Anspruch, sie ist besonders

heftig gegen Cavaignac und Rogel gehalten. Es erhob sich die Frage, ob die Zeit des Bolo-Prozesses verschiedenen Personen mitgeteilt zu haben, das das Schriftstück „Canaille de D.“ eine Fälschung sei. Er beschuldigt Cavaignac, von der Kammertribüne herab die Echtheit dieses Schriftstücks vertheidigt zu haben, obgleich er wohl wußte, daß es eine Fälschung Henry's sei.

Italien.

Genosse Morgari, der Deputierte von Turin, wurde wegen einer Wahlsche, die er gelegentlich der Wahl im Wahlkreis Biella zu Gunsten unseres Genossen Rondoni gehalten hatte, zu 116 Tagen Gefängnis und 1000 Franks Geldstrafe verurtheilt. In ganz kurzer Zeit ist das die vierte Verurtheilung, von welcher Genosse Morgari betroffen wird.

Anstatt der versprochenen und nicht erlassenen Amnestie wird man bald in Mailand eine Reihe von Prozessen haben, die eine Fortsetzung der Prozesse vom vorigen Jahre bilden werden. Der höchste Kassationshof hat nämlich entschieden, daß die im vorigen Jahre vom Kriegsgesetz in contumaciam Verurtheilten, wenn sie sich den Behörden stellen, das Recht auf Wiederaufnahme des Prozesses haben. Diese Wiederaufnahme hat nun Genosse Rechtsanwalt Caldara, der Mailändische Korrespondent des „Avanti“, verlangt, der zu drei Jahren Gefängnis und 1000 Franks Geldstrafe verurtheilt worden war. Die Genossen Severgnini und Castoldi, die zu sechs Jahren Gefängnis verurtheilt worden waren, haben sich auch zu demselben Zweck den Behörden von Monza gestellt.

Spanien.

Die Wahlen für die Kammer haben Sonntag im ganzen Lande stattgefunden. Der Ausfall ist zwar noch nicht gänzlich bekannt, doch ist es selbstverständlich, daß die jeweilige Regierung eine Majorität erhält, weil nur sie eine Organisation besitzt und bestimmt, wie stark die Opposition werden darf. Es sind ganz vereinzelte großstädtische Bezirke, in denen es zu einem wirklichen Wahlkampf kommt. Daß im Verlauf der Redebattenden vom eine Regierung in die Minderheit gerät, kann allein dadurch geschehen, daß ihre eigenen Anhänger irgend welche Enttäuschung erleben und abfallen. Der Wahlapparat ist jetzt in konservativen Händen und dem Ministerium gefällt es, folgende Zusammensetzung zuzulassen, welche ganz ernsthaft in den offiziellen Zeitungen vor den Wahlen festgestellt wurde: 256 Ministerielle, 80 Liberale (Anhänger Sagasta's), 20 Mann der Gruppe (Vamagos), 10 Tetanier, 6 Mitglieder der Fraktion Romero Robledo, 4 Canalejas, 16 Republikaner und 3 Unabhängige. 6 Carlisten gedenken sich selbst durchzusetzen. Bisher liegt, wie gesagt, eine Nachricht über den Ausfall der Wahl noch nicht vor, wohl aber über Wahlstrawalle. In Bilbao fand ein Zusammenstoß statt zwischen Anhängern des sozialistischen Kandidaten Aguilas und denen der Regierungskandidaten Schevarria, wobei einige Schüsse gemeldet wurden. Dreizehn Personen wurden verwundet, die meisten schwer. Auch in Madrid herrscht Aufregung, man befürchtet Unruhen. In Valencia geriet die Anhänger der beiden republikanischen Kandidaten aneinander, wobei eine Person verletzt wurde. In Cullar (Provinz Granada) mußte die Polizei geschlossen gegen die Ruhestörer vorgehen, ein Wahlagent wurde dabei getödtet.

Philippinen.

Zur Befreiung der spanischen Gefangenen, die noch immer in der Gewalt der Tagalen sind, hat jetzt Amerika Schritte gethan, die mittelbar eine Anerkennung der Philippinos als kriegsführende Macht bedeuten. Wie ein Telegramm des Generals Nios meldet, hat General Dias zwei spanische Offiziere, welche ein Schreiben Nios an Aguinaldo überbringen sollen, in welchem die Freilassung der spanischen Gefangenen erbeten wird, freies Geleit gewährt. General Dias machte sich ohne Heißigkeit, 1500 gefangene Tagalen gegen Spanier auszutauschen. Das ist freilich erst der vierte Theil der gefangenen Spanier. Die freierwerbenden Tagalen dürften ohne Weiteres das Heer Aguinaldo's verstärken. Denn an Frieden denkt dieser nicht.

China.

„Krieg im Frieden“ ist jetzt das Repertoirestück der bei der chinesischen Auftheilung engagierten Mächte. Derzeit agiert England die erste Rolle. Reuters Bureau übermittelte aus Hongkong folgende Meldung: Eingeborene im Hinterlande feuerten in Tai-poosu auf eine Abtheilung britischer Soldaten, welche für die Bestimmung des erweiterten Gebietes von Kaulung Vorbereitungen traf. Die Abtheilung stand unter dem Befehle des Kapitäns May. Britische Truppen sind nach Tai-poosu abgegangen. Diese Nachricht wird durch ein Telegramm der „Times“ vom 16. d. M. ergänzt, welches also lautet: Der Torpedobootzerstörer „Fame“ mit einer Besatzung von 100 Mann des Hongkonger Regiments ging gestern nach dem neuen Gebiet vor und traf hier etwa 1000 chinesische uniformirte Soldaten an, welche auf den Hügel, welche Tai-poosu beherrschten, sich in einer guten Stellung befanden. Die Chinesen eröffneten das Feuer mit Geschützen und Gewehren, richteten aber keinen Schaden an. Nachdem der „Fame“ die Chinesen beschossen hatte, schritten die Truppen des Hongkonger Regiments zum Angriff und schlugen die Chinesen in die Flucht. Man glaubt daß die Chinesen einige Mann verloren haben. Demselben Blatt zufolge bewilligte die britische Regierung die von den Chinesen nachgesuchte Frist von 6 Monaten, um die nöthigen Anordnungen zur Auflösung der Seezollämter zu treffen.

Lübeck und Nachbargebiete.

18. April.

Die diesjährige Matfeier der Lübecker Arbeiterschaft wird sich voraussichtlich nicht nur ihren Vorgängerinnen würdig anreihen, sondern sie an Ausdehnung noch übersteigern. Das liegt schon in der augenblicklichen günstigen Geschäftsconjunction begründet. Die massenbewußten Arbeiter Lübedes haben sich von Anbeginn an bemüht, das Prinzip der Arbeiterruhe zur Durchführung zu bringen, und unter mannigfachen Opfern ist es ihnen gelungen, dies in einem Umfange durchzuführen, wie ihn wohl kaum eine andere Stadt Deutschlands bisher gekannt hat. Die Arbeiterruhe geht hervor aus dem freien und freien Schluß der Betheiligten, jeder jeder Einzelne weiß, daß er sich an einer Demonstration gegen die herrschende soziale Ungerechtigkeit betheiligen, er weiß auch die etwaigen Folgen seiner Handlungswiese zu beurtheilen. Wir haben deshalb nicht nöthig, den Betheiligten schon heute die Bedeutung des Tages klarzulegen, nur den einen Wunsch machen wir schon jetzt ausdrücken, daß Jeder sich bemühen möge, die Feiern zu einer möglichst großartigen zu gestalten: Eine überfallige Formittagsversammlung, ein imbonanter Festtag mit vielerlei Dingen und Ordnung — das ist, was wir erwarten!

m. Protestversammlung. Eine öffentliche Wählerversammlung tagte am Sonntag im Vorhause des Herrn Schneider, Johannisstraße. Herrschend ist der Parteispuch über das Thema: „Welche Gefahr droht uns?“ Nachdem laud folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Wir am 16. 4. 1899 in Schneider's Werkstätten zu Lübeck versammelten ca. 50 Wählergelehrten sind einverstanden über den Inhalt der 12 stündigen Maximalarbeitszeit durch eine 8 stündige Maximalarbeitszeit zu ersetzen, wie welches geplant ist. Anstatt der Maximalarbeitszeit, der aus halb 3 Jahre Arbeit in ruhiger durch scharfe Kontrolle zur besten Durchführung zu bringen, soll das Wächern darin enthaltenen Arbeiterkategorien noch stärker gemacht werden. Die gefährdeten und unterdrückten Arbeiter werden nicht Engländer gezeugt bringen, um eine solche Verschlechterung des von allen Behörden als notwendig und durchführbar anerkannten Arbeitergesetzes sich ruhig gefallen zu lassen. Die heutige Versammlung protestirt auf das Schärfste gegen jede Abänderung der Bundesrats-Berordnung vom 4. März 1899.“

Die Versammlung ist sich darin einig, wenn demnach die geplante Verschlechterung Weis werden sollte, die Kollegen gezwungen sein würden, zur Erhaltung einer selbstständigen oder zur Erlangung einer längeren Arbeitszeit das Reichthum zu wagen. Es würde eventuell auch vor einem allg. Reichstag nicht zurückweichen, um die notwendige Regelung der Arbeitszeit zu erhalten. Das Ansehen der heutigen Versammlung wird konstant, alle Schritte zu unterstützen, um, wenn möglich, auch die schärfsten Mittel anzuwenden zu können, den Maximalarbeitszeit in der heutigen Form zu erhalten und jegliche Verschlechterung energisch abzuweisen.“

Achtung, Formel! Bezug nach Hamburg ist wegen drohender Konflikte fernzuhalten. Die Unterredner suchen bereits Arbeitsschlange.

Unfall am Hafen. Der Schiffsbau R. Timmermann erlitt auf dem Dampfer „Atlas“ beim Steindischen einen doppelten Seitenbruch des linken Beines, so daß er mittels Droschke seiner Wohnung angefahren werden mußte. Die Augenzeugen führen den Unfall auf die Ungeschicklichkeit des schwedischen Wirthmannes zurück, welcher angeblich zu früh fierte.

Die Submission des Neubaus der Navigationsschule ergab folgendes Resultat: 1. Maurerarbeiten. Höchste Forderung (Grobner) 10 870,85 Mk., niedrigste Forderung (P. Schulz) 6443.— Mk. Eine ganz kolossale Differenz! Weit normaler stellten sich die Forderungen für die Zimmerarbeiten, welche sich zwischen 10 264,40 Mark (Wajau) und 11 428,78 Mark (Wacke) bewegten.

Aus dem Fenster gefallen in gestern in der Augustenstraße ein zweijähriges Kind, glücklicherweise, ohne Verletzungen erster Art zu erliden.

Arbeiterrisiko. Auf der Reparaturwerkstatt der Lübeck-Büchener Eisenbahn wurden gestern dem bejahrten, in der Jakobstraße wohnenden Schlosser Saß durch ein abfallendes ca. 80 pfündiges Stück Eisen die Beine gequetscht.

Ein unfreiwilliges Bad nahmen gestern zwei junge Leute, deren Segelboot in der Außenwakenitz kenterte. Beide wurden gerettet.

Vom Streik der Tabakarbeiter der Firma Rose u. Schwedhoff. Von betheiligter Seite wird uns die Abrechnung vom Streik zugesandt, der wir nachstehende Angaben entnehmen:

Einnahmen:	
Vom Hauptvorstande	7025,97
Vom Kartell	892,85
Vom Kollegen am Orte	276,05
Verschiedene Einnahmen von Gewerkschaften am Orte, einzelnen Genossen und auswärtigen Verbänden und Personen	881,89
Summa	9178,56
Ausgaben:	
Streikunterstützung	6177,15
Zuschüsse	1145,90
Unterstützung für abger. Kollegen	192,75
Umzugsgelder	78,85
Agitation	87,55
Flugblätter	60,—
Einmalige Unterstützung	249,—
Besondere Ausgaben	10,—
Zurückgezahlte Darlehen	645,—
Niederzuschuß	195,78
Ausgeliehen	35,—
Arbeitsversammlungen	6,20
Diverse Unkosten (Posto, Papier, Entschädigungen u. s. w.)	212,—
Summa	9090,18
Demnach Bestand	86,48

Der Streik ist bekanntlich zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen. Wie berechtigt die Forderungen der Ar-

beiter waren, das beweist am besten die vor einiger Zeit vom Gewerkschaftsrath veranstaltete Statistik. Es liefen 60 beantwortete Fragebögen ein. Danach verdienen: 6 Arbeiter (Juristen) bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn 6—9 Mk. pro Woche, 43 Eigarrenarbeiter im Alford 9—20 Mk. pro Woche, 11 Tabakspinner bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 19—20 Mk. pro Woche. — Ja, wahrlich, die Leute haben gewiß Ursache, begehrtlich zu sein.

Matfeier. Arbeiterruhe am 1. Mai beschlossen weiterhin die Tabakarbeiter.

Gewerkschaftliche Elemente sorgen nach Ansicht der Amtsblattredaktion dafür, daß die sozialdemokratische Organisation so vorzüglich funktioniert. Wir akzeptiren das in dieser Sottise liegende Kompliment, und wollen nur hoffen, daß die nationalliberale Partei mit ihren gewerkschaftlichen Elementen nicht zu strengem ins Gericht gehen wird wegen der ewigen Störungen im Apparat. Freilich — manche mußten schon in's Gras beißen. Hirtenknabe —!

Der Senat hat dem Ehrenbürger Lübedes, Grafen Waldersee, zur silbernen Hochzeit gratulirt.

Vom Tage. In Haft geriet ein von der Staatsanwaltschaft Berlin wegen Diebstahls verfolgter Elektroschneider. — Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Kellner, welcher einem Werthe 50 Mk. unterschlagen und schließlich geworden sein soll.

Ein Disziplinarverfahren ist nach Angabe der „Eisenb.“ gegen den Direktor des Rathorinums, Herrn Dr. Schüring, eingeleitet worden. Anlaß dazu soll die Hünengrabaffäre gegeben haben. Nach genanntem Blatte ist diese Mittheilung schon „von anderer Seite“ gemacht worden. Es wird also wohl eine auswärtige Lübedische Zeitung einem Honorarverdrüß zum Opfer gefallen sein.

Handelsregister. Am 17. April 1899 ist eingetragen auf Blatt 630 bei der Firma „H. J. A. d. e. r. A. a. s. f.“ Die Firma ist erloschen.

Das Reichspostamt hat genehmigt daß fortan gewöhnliche Pakete, die für Reisende nach Gathöfen abdestirt sind, auch dann, vorausgesetzt, daß der Reisende noch nicht eingetroffen ist, an den Inhaber des Gasthofes oder dessen Bevollmächtigten bestellt werden können, wenn der Gasthof in der Nachbarschaft als Wohnung des Empfängers des Paketes angegeben ist. Bisher war die Unabhängigkeit von Paketen, die so abdestirt waren, an den betreffenden Gasthofbesitzer nur dann dem Beamten gestattet, wenn die Adresse lautete: „An H. A. der Adresse Gasthof“.

Travemünde. Unfall. Am Sonntag machte ein junger Mann aus Lübeck eine Wassertour nach hier. Beim Stülper auf jedoch schlug sein Boot voll Wasser, und der Wind trieb ihn gegen die Reuse vor dem Dassower See. Dort stand er mehrere Stunden und wäre vielleicht umgekommen, wenn man ihn nicht von einem Schleppdampfer bemerkt und mittels Bootes an Bord geholt hätte. Er soll schon sehr entkräftet gewesen sein. — Nach den „L. A.“ war es ein Architekt, seine Ketter die Besatzung des Schleppers „Travemünde“.

Nequa. Wegen Unterschlagung im Amt wurde der frühere hiesige Hilfschreiber und Rassenbote Vorherr von der Schweriner Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Kiel. Ausweisungen. Nach der „K. Z.“ hat der Regierungspräsident angeordnet, daß von jetzt an nicht mehr die Amtsvorsteher und Ortspolizeibehörden, sondern nur noch die Landräthe (Polizeiprääsidenten in Kiel, Polizeiverwaltungen in Altona und Hamburg) die Anzeige über erfolgte Ausweisungen dem Oberpräsidenten einzureichen haben. — Der Vermerk „lästig gefallen“ genügt fortan nicht mehr; es ist vielmehr der Grund der Ausweisungen anzugeben. Ist der Ausweisungsgrund der, daß der Dienstherr dänischer Agitator ist, so ist zugleich zu vermerken, welche Handlung des Dienstherrn die Veranlassung zur Ausweisung gegeben hat.

Lüneburg. Die Tischler sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Bezug ist fernzuhalten.

Quittung.

Für die Krefelder Weber gingen ferner ein:

Ueberschuß vom Sängerkommers des Ge-	
sang-Vereins „Eintracht“	Mk. 7,—
H. K. W.	1,—
Koch's Wert, Maschinenbauer	19,20
Freie Turner gef. b. Maus	3,—
Mit den bereits quittirten	455,80
Summa	Mk. 486,—

Weitere Gaben nimmt gern entgegen Expedition des „Lübecker Volksbote.“ Johannisstraße Nr. 60.

Steruchung-Biehmarkt.

Hamburg, 17. April.

Der Schweinehandel verlief träge. Angeführt wurden 420 Stüd. Preise: Verkaufsschweine, schwere 45—46 Mk., leichte 45—47 Mk., Sauen 40—43 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Seeberichte.

D. „Zar“, Kapt. Eifers, ist am 16. April von Grao de Valencia nach Newcastle on Tyne abgegangen.

D. „Neva“, Kapt. Preßler, ist am 16. April von Reval an hier abgedampft.

D. „Rußland“, Kapt. Kappel, ist am 17. April in Riga angekommen.

D. „Sudwig“, Kapt. Hannemann, ist am 16. April, von Wikan kommend, in Kiel eingetroffen.

D. „Trave“, Kapt. Weisbach, ist am 17. April in Reval angekommen.

Mai-Feier 1899

Montag den 1. Mai:

Morgens 9 Uhr: **Versammlung im Renterkrug**, eingeleitet durch Musik- u. Gesangvorträge, Referent: Redacteur **Otto Stolten-Hamburg**. Nachmittags: **Ausflug sämtlicher Gewerkschaften und Vereine** mit Fahnen und Bannern und unter Begleitung von 4 Musikkapellen nach **Israelsdorf**. Aufstellung der verschiedenen Gewerkschaften und Vereine von Nachmittags 1—2 Uhr auf dem Burgfeld. **Abmarsch** von dort präcise 2 Uhr nach dem Locale des Herrn **Munß** in Israelsdorf. Nach Ankunft dortselbst: **Ausprache** des Genossen **Theod. Schwartz**. Musik- u. Gesangvorträge. Hierauf: **Concert** auf dem Festplatze bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends. **Rückmarsch** um 8 Uhr mit Musik nach dem Burgfelde, woselbst Auflösung des Zuges.



Gewerkschaften und Vereine, welche sich am Auszuge betheiligen wollen, werden ersucht, dies spätestens bis zum 22. April dem Genossen **Stolte**, Johannisstraße 50, mitzutheilen. Gewerkschaften, die noch keine Karten zum Vertrieb übernommen haben, werden ersucht, solche baldigst vom Genossen **Gust. Köhler** zu entnehmen. Außerdem sind noch Karten à 20 Pfg. zu haben bei **M. Stolte**, Johannisstraße 50; **C. Wittfoot**, Hühnerstraße 18; **G. Köhler**, Böttcherstraße 18; **W. Menschel**, Untertrave 53; **G. Meyer**, Sadowastrasse 10, **F. Lecke**, Lederstraße 3, und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstraße 50.

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Um recht rege Betheiligung ersucht

Das Comité.

Bettfedern

und Daunen, nur neue, entfläubte und gewaschene Baare von 30 Pfg. per Pfd. an, bis zu den feinsten Elderdauen. **Mandarin-Daunen** per Pfd. Mk. 2 und 2,80. Sämtliche Aussteuer-Artikel in großer Auswahl und billig. Näher von Bettinletts vollständig gratis. **Gr. Burgstraße 32. L. Duve.**

Special-Reparatur-Werkstatt H. Schumann, Schuhmacher, Güterstr. 63. Handarbeit, keine Maschinenarbeit. Sohlen für Herren 1,50 Mk., für Damen 1,20, für Kinder von 50 Pfg. an, Abfüße für Herren 50—60 Pfg., für Damen 30—40 Pfg., jede andere Reparatur billigst.

Sehr schönes Logis nach vorne **Walenhauer 46, beim Thol.**
Ein Zimmer m. Morg. u. Ab. Kaffee per Woche Mk. 2,50. **Walenhauer 148, b. d. Glockengießerstraße.**
Züchtige Malergehilfen sucht **Gust. Behncke**, Catharinenstraße 9. Gesucht zum 1. Mai für einen kleinen ländlichen Haushalt ein Mädchen, welches melken kann. Näheres **Lübeck, Fischergrube 51.**
 Gesucht sogleich oder zum 1. Mai ein zuverlässiger Knecht zum Ueberfahren der Fähre. **A. Schnoor**, Fährpächter. Einlebekstraße, Lübeck.
 Suche 1000 Mk. nach 8500 Mk. Brandkassenwerth 11500 Mk. Offerten unter **D 75** an die Exped. d. Bl.

Joseph Kürschner:
Der neue Reichstag
 Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor:
 Allgemeiner Theil: Der deutsche Reichstag. Wahlergebnis vom 16. 6. 98. Die Mitglieder nach Fractionen. Beruf bzw. Stellung. Vertheilung der Abgeordneten nach Ländern ihrer Geburt und ihres Aufenthalts. Religionsverhältnis. Geburtsjahr. Auszug aus der Verfassung des deutschen Reiches. Wahlgesetz für den deutschen Reichstag. Geschäftsordnung für den deutschen Reichstag. Sachregister zur Geschäftsordnung. Biographischer Theil der Mitglieder des deutschen Reichstages.
 Das Werk enthält außerdem das Bildnis eines jeden Abgeordneten.
Preis 50 Pfg.
 Jedem Reichstagswähler und Leser der Reichstagsverhandlungen ist dieses Werk nur zu empfehlen.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 50.

Pflanz- und Gekartoffeln sehr billig. **Emil Hass**, Mühlenstraße 67.
Verloren eine Brille. Abzugeben gegen Belohnung **Weierstraße 7.**
Lübecker Genossenschaftsbäderei c. G. m. b. H.
Ordentliche General-Versammlung am Donnerstag den 20. April Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Tages-Ordnung: Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1899. Antihellischein legitimiren **Der Vorstand.**

Ein guterhaltener Kinderwagen preiswerth zu verkaufen. Näheres **Margarethenstraße 6a.**
Zu verkaufen zweitlange Kartoffeln Schönkampstraße 23, 1. Et.
Zwei neue Bettstellen zu verkaufen Dankwartstraße 51, 1. Etage, Klügel.
Nebenverdienst 5 Mark pro Tag bietet sich ruhigen Personen jeden Standes. Kein Risiko. Best. Offerten an „Nebenverdienst“ an **Rudolf Mosse**, Kiel.
H. Berger Heringe
H. Andhavis
Ia. Magdeb. Salzgurken
H. Gilster Käse
H. Holsteiner Büttenkäse en gros & en detail bei **H. L. Wiegels**, vorm. J. C. Bunge, Fischergrube 61. Fernsprecher No. 217.

Volkslexikon
Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik, nebst Generalregister. Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von **Emanuel Wurm**. Erscheint in Lieferungen à 20 Pfennig. **Frühes Brateneschmalz**, Pfund 40 Pfg., **frühes Brateneschmalz**, Pfund 30 Pfg., **Sauerfleisch** in Stücken à 20 Pfg. empfiehlt **A. Schlie**, Mühlenstraße 20.

Lübecker Loose
1. Klasse
 Ziehung 20. April.
 1/2 à Mk. 4.—, 1/4 à Mk. 2.—, 1/8 à Mk. 1.—
 offerirt und versendet auch nach auswärts
Paul Würzburg
 Markt 14. Lübeck.

Central-Verband der Maurer.
Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 19. April Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Tages-Ordnung:
 1. Wie stärken wir unsern Generalfonds.
 2. Wahlen der Agitation-Kommission-Mitglieder.
 3. Innere Vereins-Angelegenheiten.
 4. Fragelasten und Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. **Die örtliche Verwaltung.**

Der Friedhof des Atlantischen Ozeans.

Das Unglück, das im Sommer des vorigen Jahres den Dampfer „La Bourgogne“ betroffen hat, die vor ganz kurzem erfolgte Strandung des deutschen Dampfers „Moravia“ bringt uns die zahllosen Schiffbrüche, welche sich seit Jahrhunderten an den Küsten von Sable Island ereignet haben, in traurige Erinnerung; sie rechtfertigen aber leider den der Insel von den Seelenten gegebenen, recht bezeichnenden Beinamen: „Friedhof des Atlantischen Ozeans.“

Sable Island, etwa 200 km. von Halifax gelegen, ist ein Inselchen der Newfoundlandküste und ist schon lange als ein unheimlicher Ort bekannt; sicher ist jedenfalls, daß Sir Humphrey Gilbert im Jahre 1583 auf seiner Reise von Newfoundland, das er gerade im Namen der Königin Elisabeth für England im Besitz genommen hatte, nach Virginia hier eines seiner Schiffe verloren hat.

Am 15. November 1760 strandete Kapitän Elliot mit einem Truppschiffe auf der Küste von Montreal nach New York bei Sable Island, einer Insel, die, wie Elliot sagt: „vollständig unbewohnt und auf welcher weder ein Baum, ein Strauch oder ein Stückchen Erde, sondern nur Sand, Sand und wieder endloser Sand anzutreffen war.“ Man hat niemals genau erfahren, wie viele Leute bei diesem Schiffbruch umgekommen sind, jedenfalls aber gelang es Elliot, nachdem sich der Sturm gelegt hatte, sich mit 70 seiner Soldaten und einigen Lebensmitteln an's Land zu retten, wo aus den an den Strand geworfenen Schiffstrümmern erbaut wurden, denn vor Mal konnte man kaum erwarten, von einem durchfahrenden Schiffe aufgenommen zu werden. Die Folge war, daß angesichts der trostlosen Vegetation die Nahrung sehr knapp wurde; zu einer Hungersnoth kam es indessen nicht, denn auf der Insel fand man eine Anzahl wild gewordener Pferde und Rindvieh und außerdem hatten die Schiffbrüchigen auch das Glück, schon am 20. Januar 1761 von einem passierenden Schiffe aufgenommen zu werden.

Pferde (Ponies) wie Vieh, welche Elliot und seine Leute so unvermuthet auf Sable Island fanden, waren die Nachkommen einer sogenannten „Liebesgabe“ eines Bostoner Großkaufmanns mit Namen Thomas Hancock; dieser voranschauende Mann bemerkte, daß sich der Handel zwischen Westindien mit Europa und Nordamerika und umgekehrt alljährlich vermehre, infolge dessen aber auch leider zahlreichere Schiffbrüche an der Insel zu verzeichnen sein würden, und um den Schiffbrüchigen Seelenten die Mittel zu geben, sich bis zur Ankunft eines Schiffes vor Hunger zu schützen, sandte der Philantrop im Jahre 1754 einen kleinen Segler nach der Insel, der daselbst Rindvieh, Pferde, Schafe, Hegen und Schweine landete, damit sie dort sich vermehren sollten. Aber die sich auf der Insel häuslich niederlassenden Strauben räumten unter der kleinen Herde so gründlich auf, daß eine Regierungskommission, welche im Jahre 1800 nach Sable Island gesandt wurde, nur noch einige wilde Pferde, die bis auf den heutigen Tag wohlbetannten Sable Island-Ponies, vorfand, alles Andere war bereits eingegangen oder getödtet.

Diese Strandräuberei hat die Insel eine Zeit lang fast in noch schlimmeren Ruf gebracht als ihr Sand und immer mehr Klagen liefen bei der Regierung ein, aber erst der Ende des vorigen und Anfangs dieses Jahrhunderts antretende Gouverneur Neuschottlands packte mit kräftiger Hand zu und brachte wieder Ordnung und Sicherheit in die „Niederlassung“ auf Sable Island.

Der im Jahre 1801 von der nach Sable Island entsandten Kommission erstattete Bericht sagt unter Anderem: Bei einer Besichtigung der Küste fand man nach einem Sturm innerhalb einer ganz kurzen Strecke nicht weniger

als 40 Wracks, die durch den Wind vom Sande bloßgelegt waren, und erschüttert fragten sich die Abgesandten, wie viele Hundert weitere Wracks sich noch unter dem Fluglande der etwa 18 Kilometer langen Küste befinden, wie viel Menschenleben, wie viel Eigenthum im Laufe der vielen Jahre an diesem nur kleinen, aber desto gefährlicheren Stückchen Erde vernichtet worden seien! Der anfängliche Plan, die Insel zu besiedeln, wurde aufgegeben, die Ansiedler, etwa als Landwirthe oder Viehzüchter vorwärts zu kommen, sind zu gering, um Leute herbeiziehen zu können; die Vegetation kommt über ein wenig Gartenkultur im günstigsten Falle nicht heraus, der Pflanzenwuchs beschränkt sich auf hohes Werggras, eine wilde Erbisenart und in der Umgegend des Inlandsee auf einige Veerensorten, von denen besonders die Cranberry, eine Art Preiselbeere, zu erwähnen ist; um Vieh hier zu züchten reichen die natürlichen Futtervorräthe nicht aus, übrigens könnte es sich auch nur um Rindvieh und Hegen handeln, denn Schafe würden bei den zahlreichen Sandstürmen zu Grunde gehen; Holz ist, abgesehen von gelegentlich angeschwemmtem Treibholz, nicht vorhanden, und muß von Halifax bezogen werden, dagegen wird gutes Trinkwasser an verschiedenen Stellen gefunden.

Die Kommission traf auf der Insel nur sechs Personen an, sie bestätigten, daß es bloß noch Pferde auf der Insel gäbe, diese waren auch nicht zahlreich, da vorbeifahrende Westindienfahrer gelegentlich hier Halt machen und eine Anzahl der Thiere als Ladung mitnehmen. Die Folge des Kommissionsberichtes war, daß auf Betreiben des Gouverneurs die Legislatur einen Betrag von 500 Pfund bewilligte, um einigen Leuten, welche das Rettungswesen auf der Insel in die Hand nehmen sollten, Wohnhäuser zu bauen; die Rettungsstation war denn auch bald eine Thatsache, jetzt erst hatte die Strandräuberei ihr Ende erreicht.

Seitdem sind über 100 Jahre verflossen, die Rettungsstation besteht heute noch, an der Ost- und Westspitze der Küste erheben sich moderne Leuchttürme, ein paar Mal im Jahre kommt der Regierungsdampfer von Halifax und bringt Lebensmittel und nimmt dagegen alljährlich etwa 100 Ponies und einige Küffer Veeren als Mühlladung. Die Pferde, eine äußerst ausdauernde zähe Rasse, sind in Neuschottland und Newfoundland sehr beliebt und erzielen durchschnittlich Preise von etwa 75 Mk. bis 100 Mk. per Stück; leider und recht auffallenderweise hat die Insel in den letzten Jahren Viehdiebstahl, die man hier wohl kaum vernünftigen sollte: Henschenwärme vernichteten schon verschiedene Male die spärliche Vegetation, so daß von Halifax aus den Winter zu bringen.

Menschliche Kraft hat sich bemüht, die Gefahren, welche die Nähe Sable Islands bietet, so viel wie möglich abzumildern, aber nach wie vor bleibt die Insel und ihre Umgebung ein höchst gefährlicher Punkt für die immer mehr in dieser Gegend zunehmende Schifffahrt; Sturm, Sand und Nebel bleiben die elementaren Feinde unserer Seelente und wohl liegt die Zeit noch in weiter Ferne, wo Sable Island seinen traurigen Beinamen: „Friedhof des Atlantischen Ozeans“, aufgeben kann.

(Rudolf Bach Montreal in der Zeitschrift für Länder- und Völkertunde „Globus“.)

Soziales und Parteileben.

Das Straffkonto der deutschen Arbeiterbewegung wurde im Monat März mit 3 Jahren, 1 Monat und 4 Tage Gefängniß und 1571 Mk. Geldstrafe belastet.

Das Mannheimer Gewerkschaftskartell hat für das zu errichtende Arbeiterssekretariat dem Genossen Simon Kagenstein die Leitung übertragen.

Der erste Versuch zu einer geordneten Baukontrolle in Bayern wurde vom Magistrat Fürth ge-

anordnet und dann Ihr Wohl aussucht. Willst Du, lieber Branden?

Der glückliche Kammerherr raffte Mappen und Regenschirm auf und sagte zufrieden wie immer: „Gern, liebe Vina. Ich werde mein Bestes thun; ich verstehe mich auf solche Affären. Sie glauben nicht, Lorenzen, was wir in den paar Jahren gesehen haben, und wo wir gewesen sind. Vina und ich, wir sind zum Reisen geboren. Wir haben nirgends Ruhe, wir sind die echten Touristen, und dabei lernt man mit Hotels und Gastwirthen umgehen.“ Er lachte selbstgefällig und rief dem Gehenden nach: „Also dort, an dem Felsen!“

„Ich werde Euch schon finden, es ist mir vollkommen genug, den Felsen zu wissen.“

Vina nickte ihm zu, dann nahm sie Lorenzens Arm. Er führte sie die Promenade hinab an der Bai hin und beide schienen bemüht zu sein, die Schleier der Vergangenheit nicht zu berühren. Die wunderbaren Umgebungen und der Weg, welcher durch ein Wiesengelände hinlief, das von Blumen und Wohlgerüchen duftend sich den Felsen und Gärten anschmiegte; endlich die Reife des Dampfes und was damit zusammenhing, gaben Stoff genug zur Ausfüllung der Zeit. Das rothe Sonnenlicht glühte an den Höhen, rosiges Leuchten kleiner Wolken spiegelte das Meer zurück, aber dann und wann hesteten sich ihre Blicke gegenseitig fragend und Erinnerungsvoll in unbemerkten Minuten auf Gestalt und Züge des anderen undkehrten schau und schmerzlich davon zurück.

„Ist das die blühende, lebensfrohe Geliebte?“ fragte Lorenzen dumpf in sich hinein. „Ist dies Gesicht mit seinen scharfen Linien, mit seinen tiefen, unruhig leuchtenden, von dunklen Ringen umzogenen Augen, Vinas schönes von Geist und Muth strahlendes Gesicht? Deuten diese schmalen, blutlosen und zuckenden Lippen auf Glück und Frieden?“

Es war eine Stille eingetreten, als beide zwischen den Felsen hervortraten, und vor ihnen die kleine Bastide lag,

macht. Er beschloß die Anstellung eines ständigen Baukontroleurs, der eine fünfjährige praktische Thätigkeit im Bauwesen nachweisen und eine Baugewerkschule absolviert haben muß.

Ein internationaler Textilarbeiterkongress soll im Jahre 1900 in Berlin abgehalten werden. Sofern sich der Abhaltung dieses Kongresses von Seiten der Reichsregierung Schwierigkeiten entgegenstellen würden, ist beabsichtigt, den Kongress in Paris, wo zu gleicher Zeit ein internationaler allgemeiner Arbeiterkongress abgehalten wird, stattfinden zu lassen. Bekanntlich fand der letzte internationale Textilarbeiterkongress im Jahre 1897 ebenfalls in Frankreich, und zwar in Roubaix statt. Für das Jahr 1900 ist ferner ein deutscher nationaler Textilarbeiterkongress geplant.

Zum Obermeister der Schuhmacherzunft in Freiburg i. B. wurde der erste Vorsitzende der sozialdemokratischen Landesorganisation in Baden gewählt.

Kopenhagen. Der Höllearbeiterstreik ist beendet. Durch Verhandlung der beiden Parteien ist folgende Vereinbarung getroffen: Alle alten Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf und setzen einen Ausschuss zur Verhandlung über ihre Forderungen ein. Diese Verhandlungen müssen in vier Wochen beendet sein. Der Ober-Höllinspektor Ming gab sein Ehrenwort, diese Frist nicht zur Anwerbung anderer Arbeiter zu benutzen. — Die Dötkergeresellen haben durch Verhandlung ihres Verbandes mit der Meisterorganisation in einem gemeinsamen Ausschuss bedeutende Lohnerhöhungen erlangt, so die Alfordpreise um 25-20 Proz. und des Tagelohnes von 3,85 auf 4,40 Kr. bezw. 3,65 auf 4,15.

Karlsbad steht unter dem Zeichen des Belagerungs Zustandes. An dem Bauarbeiterstreik, von dem wir bereits Mittheilung gemacht haben, sind ca. 2000 Mann betheiligt, die sich aber vollkommen gesetzmäßig verhalten. Trotzdem hat die Regierung Veranlassung genommen, eine Menge Gendarmen und Militär nach Karlsbad zu versetzen; alle öffentlichen Auszüge und Versammlungen, selbst die außerhalb der Stadt gehalten, werden verboten. Damit reizt man die Arbeiter natürlich nur noch mehr. Dieser Tage hat nun der Bezirkshauptmann Destrach eine Kundgebung an den Mauern anschlagen lassen, in der gedroht wird, daß jede Ansammlung eventuell mit Gewalt verhindert werde. Die Behörden treten den Arbeitern in provokativer Weise entgegen und es hat, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meint, den Anschein, als wollte man den Streik gewaltsam unterdrücken. Am 13. früh wurden der Obmann der Bauarbeiterorganisation, der Ortsvertrauensmann der Gewerkschaftskommission, und ein Mitglied des Streikkomitees verhaftet. Der Abg. für Karlsbad, Genosse Dr. Verkauf hat sich nach dem Streikgebiet begeben.

Parteiliteratur. Der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ kündigt für Ende dieser Woche das Erscheinen einer Broschüre (zum Preise von 30 Pf.) an von Dr. Rosa Luxemburg. Die Broschüre führt den Titel: „Sozialreform oder Revolution“, mit einem Anhang: „Militarismus und Antimilitarismus“ und enthält die beiden in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikelserien „Sozialreform oder Revolution“ und die kritische Auseinandersetzung mit Hegrim-Schippel über die Militärfrage.

Das letzte Opfer des Essener Meineidsprozesses, Johannes Meyer, hat am 13. April das Buchhaus in Siegburg verlassen. Während seiner dreieinhalbjährigen Haft sind ihm seine Frau und ein Kind gestorben, und jetzt eilt er an das Krankenbett seiner Schwiegermutter, die dem Tode entgeht. Meyer war die längste Zeit in Hamm, seit Oktober vorigen Jahres in Siegburg internirt. Körperlich hat Meyer, wie die „Rhein. Ztg.“ mittheilt, beträchtlich gelitten, geistig aber und in seiner Ueberzeugung für unsere Sache tritt er ungeschwächt ins bürgerliche Leben

welche mit ihrem Vorgarten und einem Altan hart ans Meer sich lehnte.

Das weißglänzende Häuschen sah zwischen Blumenstücken und Granatbäumen hervor. Weinlaub rankte an seinen Fenstern auf, hohe Pinien beugten sich darüber hin in den Abendhimmel, der ihre Kronen wunderbar beleuchtete.

Einige Augenblicke blieb Vina an der offenen Thür stehen und blickte in das Innere des Wohngemachs. Ein Tisch mit einigen Büchern stand voran, Schreibmaterial und Peste lagen darauf; ein Sessel von Strohgeflecht lehnte daneben, im Hintergrunde war ein Bett und einiges Hausgeräth sichtbar.

„Du wohnst beengt in schöner, friedensvoller Stille,“ sagte sie. Sie nannte ihn zuerst wieder mit dem vertrauten Du, das stöckend und leise über ihre Lippen kam.

„Die Natur giebt mir von ihrem Frieden, so viel ich davon zu benutzen vermag,“ erwiderte Lorenzen.

„Und du arbeitest und schreibst auch hier?“ fuhr sie fort.

„Das haben deine Aerzte nicht gerathen.“

„Ich habe Eile zu vollenden, was mir aufgegeben ist,“ sagte Lorenzen lächelnd. „In meinem Kerker zu Rendsburg habe ich das Material zu einem Buche gesammelt, das mich während der Jahre, wo ich in Amerika lebte, fortgesetzt beschäftigte und dessen Vollendung mir hier obliegt.“

„Und warum hier, wo dein Geist ruhen, dein Körper in Lust und Bewegung, in diesem milden Garten am Meere, allein thätig sein soll.“

„Weil mir wenige Zeit mehr bleibt,“ sprach er, ruhig sie anblickend, „und weil ich etwas hinterlassen muß, das Zeugniß von mir giebt, wenn andere Stimmen schweigen.“

Sie waren weiter bis auf den Altan gegangen, und standen dort, als das letzte Glühen des Himmels im Abend schatten unterging. — Die Bai öffnete sich vor ihnen und ließ den Blick in unendliche Fernen schweifen. Weiße Segel schimmerten in den tiefblauen Linien und verschwanden im

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(49. Fortsetzung.)

„Vornsen!“ rief Vina mit einem Tone, der alles ausdrückte, was sie empfand, und fast zu gleicher Zeit eilte ihr kleiner Begleiter auf die Bank los, warf Mappen und Regenschirm zu Boden, und umfasste mit der Herzlichkeit eines lang entsetzten Freundes den Sitzenden.

„Sie sind es wirklich, theuerster Vornsen!“ rief er. „Welch glückliches Ungefähr führt uns hier zusammen? Wir kommen jaeben von Smyrna und Malta, aber Sie — er klemmte sein schwarzes Glas ins Auge und betrachtete den großen Mann, der mit einiger Anstrengung aufgestanden war — und was er weiter sagte und dachte, ging verloren, denn Vornsen hatte sich zu der Dame gewendet, die in großer Bewegung ihm die Hände reichte und zu ihm sprach.

Menschen sammelten sich um die ungewöhnliche Gruppe und hesteten ihre neugierigen Blicke auf sie. „Sie müssen von der Seereise angegriffen sein, Frau von Branden,“ sagte Vornsen, „lassen Sie uns gehen und Ihr Hotel aufsuchen.“

„Seit wie lange verweilen Sie hier?“ fragte Vina. „Seit zwei Monaten,“ erwiderte er. „Ich habe bisher in Brasilien gelebt. Das Klima erschöpfte mich, die Aerzte haben mir Marfelle angerathen.“

„Und wo — wo wohnen Sie?“

„Dort hinter dem Felsen an der Bai liegt eine kleine Bastide, in der ich mich einmüthet habe.“

„Ich bin nicht müde,“ rief Vina, „aber die Straßen dieser Stadt sind heiß und dunstig. Sie sollen uns nicht hineinbegleiten. Ich will mit Ihnen gehen, während Branden in unserem Gasthose das nöthige für unsere Einrichtung

